

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

Druckerei: Die Druckerei Langgasse 21.
Schalter-Halle geöffnet von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.
Postfach: Frankfurt a. M. Nr. 7405.

Wöchentlich

12 Ausgaben.

Preis:

Tagblatt Nr. 655-52.
Von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends, außer Sonntags.
Postfach: Frankfurt a. M. Nr. 7405.

Verlagspreis: Durch den Verlag bezogen: M. 2.80 monatlich, M. 11.40 vierteljährlich, ohne
Traglohn; durch die Post bezogen: M. 3.00 monatlich, M. 12.00 vierteljährlich, mit Bestell-
geld. — Bezugsbestellungen nehmen an: der Verlag, die Ausgabestellen, die Träger und alle
Postanstalten. — In Fällen höherer Gewalt, Betriebsstörungen oder Streiks haben die Be-
zieher keinen Anspruch auf Lieferung des Blattes oder Erstattung des entsprechenden Entgelts.



Anzeigenpreis: Ortsliche Anzeigen M. 1.25, auswärtige Anzeigen M. 1.80, Briefliche Anzeigen M. 1.00,
auswärtige Anzeigen M. 1.50 für die erste Spalte, die zweite Spalte M. 1.00, die dritte Spalte M. 0.75,
die vierte Spalte M. 0.50. — Für die zweite Spalte M. 1.00, die dritte Spalte M. 0.75, die vierte Spalte M. 0.50.
— Aufnahme unentgeltlicher Anzeigen entsprechend der Größe. — Schluß der Anzeigen-
annahme für die Ausgabe: 10 Uhr vormittags. — Für die Aufnahme von Anzeigen an
vorgeschriebenen Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Berliner Abteilung des Wiesbadener Tagblatts: Berlin W. 9, Bohlstraße 18, Fernsprecher: Amt Zentrum 11435-11437.

Dienstag, 19. Juli 1921.

Morgen-Ausgabe.

Nr. 329. ♦ 69. Jahrgang.

Militärpolizeigericht Wiesbaden.

Verurteilung.

Im Jahre 1921, am 29. Juni, vormittags 9.30 Uhr, ist
das Militärpolizeigericht Wiesbaden, einberufen auf Be-
fehl des Herrn Kommandierenden Generals der 37. Infan-
terie-Division, zur Aufnahme des Verfahrens gegen
Bachmann, Martha, geb. am 12. April 1893 zu Wies-
baden, von Beruf Geschäftsinhaberin, wohnhaft in Wies-
baden, welche beschuldigt ist, daß sie die in ihrem Schau-
fenster ausgestellten Waren nicht mit Preisen versehen hatte,
in öffentlicher Sitzung an gewöhnlicher Stelle zusammenge-
treten und hat folgende Entscheidung getroffen:

In Anbetracht dessen, daß es nachstehend festgestellt ist,
daß am 10. Juni 1921 die Angeklagte die Preise einer ge-
wissen Anzahl von Gegenständen (wie elektrische Hand-
lampen, elektrische Batterien, Thermometer), die in dem
Schaufenster ihres Geschäftes in der Garnisonstadt Wies-
baden ausgestellt waren, nicht bezeichnet hatte.

In Anbetracht dessen, daß sie demnach den Artikel 29a
der Verordnung Nr. 2 der Oberbefehlshaber der Rheinland-
kommission übertreten hat, verurteilt das Gericht Bach-
mann, Martha, zu Geldstrafe (70) Mark Geldstrafe nebst
den Kosten der öffentlichen Bekanntmachung der obenge-
nannten Gründe und vorstehender Verurteilung vor Ablauf
einer Woche in der Zeitung „Wiesbadener Tagblatt“ und
zum öffentlichen Aushang des gerichtlichen Urteils und seiner
Begründung während 30 Tage im Schaufenster ihres Ge-
schäfts in Wiesbaden, Kissenstraße 15, und bestimmt, daß bei
Nichtzahlung der Geldstrafe innerhalb einer Frist, welche
durch den Kommandierenden General der Division bestimmt
wird, eine Gefängnisstrafe von 7 Tagen tritt auf Grund
des Gesetzes vom 22. Juli 1907.

Nachstehend die Artikel der obengenannten Verord-
nungen und Anweisungen der Militärbehörde:

Artikel 29a der Verordnung Nr. 2:

An allen zum Verkauf ausgestellten Waren und Ge-
brauchsgegenständen muß der Verkaufspreis sichtbar ver-
merkt sein, und zwar in allen Ortschaften, die durch öffent-
liche Bekanntmachung von den Befehlshabern der Division
bezeichnet sind. Diese Bekanntmachungen bestimmen auch
die Art der Gegenstände, welche von der Bekanntmachung
des vorstehenden Artikels in jeder Ortschaft betroffen sind.

Befehlshaber der Rheinlandkommission

Nr. 743 2/2 vom 17. November 1920.

Artikel 2:

Gemäß der Vorschriften des Artikels 29 bestimmt die
Anordnung Nr. 2 der Oberbefehlshaber der Rheinland-
kommission folgendes: In allen Ortschaften, in welchen sich
eine französische Garnison oder der Sitz eines Delegierten
der Oberen Interalliierten Rheinland-Kommission befindet,
müssen sämtliche eingetragenen zum Verkauf ausgestellten
Waren mit sichtbaren Preisen versehen werden.

Für richtige Abschrift:

Der Staatsanwalt.

Militärpolizeigericht Wiesbaden.

Verurteilung.

Im Jahre 1921, am 29. Juni, vormittags 9.30 Uhr, ist
das Militärpolizeigericht Wiesbaden, einberufen auf Be-
fehl des Herrn Kommandierenden Generals der 37. Infan-
terie-Division, zur Aufnahme des Verfahrens gegen
Ditt. Johann, von Beruf Ratgeber, wohnhaft in Wies-
baden, welcher beschuldigt ist, daß er kein Fahrkartenge-
brachte in seiner Kaffeebude, in öffentlicher Sitzung
an gewöhnlicher Stelle zusammengetreten und hat folgende
Entscheidung getroffen:

In Anbetracht, daß es nachstehend festgestellt ist, daß am
14. Mai 1921 der Angeklagte in dem Taximeter, welchen
er benutzte, den Koeffizienten 7 nicht angezeigt hatte, durch
welchen der durch den Zeitmesser angezeigte Preis verviel-
facht werden soll.

In Anbetracht, daß diese Verurteilung ihm zumal, da
sein Geschäft speziell beglaubigt wurde durch die Note des
Herrn General-Kommandanten der 37. Infanterie-Division
Nr. 300 2/2 vom 7. 12. 20, veröffentlicht für das Inkraft-
treten der Note des General-Kommandanten der Armee vom
17. 8. 20 und der Ordonnanz 31 der (S. C. S. T. R.) hohen
Interalliierten Rheinlandkommission.

In Anbetracht, daß Wiesbaden eine Garnisonstadt ist,
verurteilt das Gericht Ditt, Johann, zu hundert (100) M.
Geldstrafe nebst den Kosten der öffentlichen Bekannt-
machung der obengenannten Gründe und vorstehender Ver-
urteilung vor Ablauf einer Woche in der Zeitung „Wies-
badener Tagblatt“ und bestimmt, daß bei Nichtzahlung der
Geldstrafe innerhalb einer Frist, welche durch den Komman-
dierenden General der Division bestimmt wird, eine Ge-
fängnisstrafe von 30 Tagen tritt auf Grund des Gesetzes
vom 22. Juli 1907.

Nachstehend die Artikel der obengenannten Verord-
nungen und Anweisungen der Militärbehörde:

Artikel 29a der Verordnung Nr. 2:

An allen zum Verkauf ausgestellten Waren und Ge-
brauchsgegenständen muß der Verkaufspreis sichtbar ver-
merkt sein, und zwar in allen Ortschaften, die durch öffent-
liche Bekanntmachung von den Befehlshabern der Division
bezeichnet sind. Diese Bekanntmachungen bestimmen auch
die Art der Gegenstände, welche von der Bekanntmachung
des vorstehenden Artikels in jeder Ortschaft betroffen sind.

Befehlshaber der Rheinlandkommission

Nr. 743 2/2 vom 17. November 1920.

Artikel 2:

Gemäß der Vorschriften des Artikels 29 bestimmt die
Anordnung Nr. 2 der Oberbefehlshaber der Rheinland-
kommission folgendes: In allen Ortschaften, in welchen sich
eine französische Garnison oder der Sitz eines Delegierten
der Oberen Interalliierten Rheinland-Kommission befindet,
müssen sämtliche eingetragenen zum Verkauf ausgestellten
Waren mit sichtbaren Preisen versehen werden.

Für richtige Abschrift:

Der Staatsanwalt.

Ferienruhe.

In der Nacht vom Freitag zum Samstag hat sich
nun auch der preussische Landtag, nachdem ein kleiner
sozialistischer Sturm gegen das Kabinett Stegerwald
abgeschlagen war, bis zum September vertagt. Da
der Reichstag gut eine Woche früher ebenfalls in die
Ferien gegangen war, hätte damit endlich die parla-
mentslose Zeit, die große Sommerpause, begonnen.
Leider liegen die Dinge diesmal keineswegs so, daß die
Ferienzeit als eine Zeit der Ruhe angesprochen werden
kann, dazu ist die gesamte politische Lage Deutschlands
allzu schwierig und zu viele Probleme der inneren und
äußeren Politik harren der Lösung.

Gewiß ist nach der Annahme des Londoner Ulti-
matums durch Deutschland zunächst eine gewisse Ent-
spannung in den Beziehungen der Entente eingetreten.
Es war indessen Verhandlungen über die Reparations-
leistungen zu führen, die durch die bekannte Zusammen-
kunft des deutschen Außenministers Dr. Rathenau mit
seinem französischen Kollegen Loucheur in Wies-
baden eingeleitet wurden und die dann in Paris auf
deutscher Seite durch den Kommissar Dr. Guggen-
heimer und den Staatssekretär Dr. Bergmann
weiter geführt wurden. Wenn auch im Augenblick
endgültige Vereinbarungen noch nicht vorliegen, so
kann doch jedenfalls soviel gesagt werden, daß diese
Verhandlungen einen befriedigenden Verlauf genom-
men haben, so daß berechnete Aussicht besteht, zu einer
Vereinbarung über die deutschen Sachleistungen zu
kommen. Daneben haben auch Verhandlungen statt-
gefunden, in denen besonders die Mischstände zur Sprache
gebracht wurden, die seit der Einrichtung des allierten
Zollregimes im Rheinland entstanden sind. Bekannt-
lich erfolgt hier durch das sogenannte „Loch im Westen“
die Einfuhr großer Mengen unerwünschter Waren. Auch
hier haben sich die Unterhändler über ein Programm
der Einfuhrregelung geeinigt, so daß mit einer baldi-
gen Schließung dieses Lochs im Westen zu rechnen ist.
Allerdings scheint man in Deutschland dafür die Ein-
fuhr einer gewissen Menge französischer Luxuswaren in
Kauf nehmen zu müssen. Auch hier sind endgültige
Entscheidungen noch nicht getroffen. Es besteht jedoch
Grund zu der Annahme, daß es auch in dieser Frage
schließlich zu einer Einigung kommt.

Dieser leichten Entspannung stehen auf der anderen
Seite Belastungen gegenüber, deren Bedeutung gar
nicht zu verkennen ist. Einmal ist es die Frage der
Sanktionen. So selten der deutsche Reichstag auch das
Bild politischer Geflossenheit bietet, so war doch
seinerzeit bei der Besprechung der Interpellation über
die Sanktionen eine Übereinstimmung aller Parteien
darüber festzustellen, daß ihre Aufhebung eine unum-
gängliche Notwendigkeit ist, wenn Deutschland leistung-
sfähig bleiben soll. In England kann man sich die-
sem Standpunkt gegenüber nicht verschließen, in
Frankreich dagegen bestehen einflussreiche Kreise auf
der Aufrechterhaltung der Besatzung von Duisburg,
Ruhrort und Düsseldorf sowie der Aufrechterhaltung
der Zollgrenze am Rhein. Zu diesem Gegensatz in den
französisch-deutschen Anschauungen tritt als schwerste
Belastung die oberschlesische Frage. Die durch den
neuen Schritt Frankreichs in Berlin eine neue Ver-
schärfung erfahren hat. Das Kabinett Wirth steht
und fällt mit der Entscheidung über Oberschlesien. Es
braucht wohl kaum betont zu werden, daß Deutschland
bei dem Verlust Oberschlesiens, oder auch nur eines
Teiles des Landes nicht mehr in der Lage wäre den
durch die Annahme des Ultimatums übernommenen
Verpflichtungen gerecht zu werden.

Als außerordentlich erschwerend kommt dann noch
die Frage der Kriegsschuldigen-Prozesse hinzu. Die
französische Regierung hat geglaubt, ihre Kommission
aus Leipzig abberufen und das Aktenmaterial zurück-
fordern zu müssen. Die Vorwürfe Briand gegen die
deutsche Rechtsprechung hat der Reichsjustizminister
Schiffer mit erfreulicher Entschiedenheit zurückgewiesen.
Man wird sich aber natürlich darüber keinem Zweifel
hingegeben können, daß die Atmosphäre, die in dieser
Frage geschaffen ist, der Fortführung sachlicher wirt-
schaftlicher Verhandlungen alles andere als zuträglich ist.

Nach alledem besteht also keineswegs Anlaß, den
außenpolitischen Himmel mit besonderer Zuversicht zu
betrachten. Gewiß bedeutet die Unterzeichnung der
amerikanischen Friedensresolution durch den Prästen-
ten Harding einen kleinen Fortschritt, doch kommt auch
hier, wie an dieser Stelle schon unlängst ausgeführt
wurde, alles darauf an, wie der Friedenszustand in die
Praxis umgesetzt wird. Millionen amerikanischer Ge-
schäftsleute, die augenblicklich Deutschland bereisen, be-
weisen, daß man den wirtschaftlichen Fragen lenkter

des großen Ozeans volle Aufmerksamkeit widmet. Doch
scheint es auch hier immer wieder nötig zu sein, vor
allzu großen Hoffnungen zu warnen.

Innerpolitisch bedeuten die Parlamentsferien wohl
eine Pause in dem Kampf der Parteien. Dieser Kampf
wird im Herbst mit aller Schärfe entbrennen, wenn es
gilt zu den neuen Steuer- und Finanzplänen Stellung
zu nehmen. Es muß immer wieder darauf verwiesen
werden, daß das Kabinett Wirth über keine tragfähige
parlamentarische Mehrheit verfügt. Ja, selbst inner-
halb der Koalitionsparteien bestehen über die Bedingun-
gen recht große Meinungsverschiedenheiten. Das
Kabinett wird nun einen Teil der parlamentslosen
Zeit benützen müssen, um die neuen Steuervorlagen,
durch die die ungeheuren Leistungen, die zur Erfüllung
des Ultimatums nötig sind, aufgebracht werden sollen,
auszuarbeiten. Dieser kleine Ausschnitt aus dem
großen Fragenkomplex der deutschen Politik zeigt schon,
mit welcher schweren Sorgen belastet Regierung und
Parlamente diesmal in die Sommerferien gehen!

Der Terror der oberschlesischen Insurgenten.

W. T. B. Dypeln, 16. Juli. In Paulsdorf, Kun-
zendorf, Bierthow, Kuchlowitz und Anto-
nienhütte bestehende Gemeindegemeinden, in den ersten vier
genannten Orten mit 30 bis 40 Mann, während sie in
Antonienhütte stärker sind. Die Gemeindegemeinden sehen sich
nur aus Polen zusammen. Der äußere Eindruck in den oben-
genannten Orten ist ein ruhiger. Überall sind auch am
15. Juli noch weiß-rote Abzeichen vorhanden. Größtenteils
bäut der weiße Adler aus Pappe an den Häusern. Die
Werte haben weiß-rote Fahnen. Der Mittelpunkt dieses
Gebietes ist die Antonienhütte. Hier finden sich die In-
surgenten der umliegenden Ortschaften zu Versammlungen
zusammen, die teils öffentlich, teils geheim sind. Inter-
nationale Besatzungstruppen sind in diesem Gebiet nicht
vorhanden. Infolgedessen sind die Insurgenten un-
beschränkt. Noch vor wenigen Tagen
hielten die Insurgentenführer Franz Gabor aus Antonien-
hütte und Gabor aus Bierthow öffentliche Ver-
sammlungen auf dem Marktplatz in Antonienhütte ab. Dort
wurden Schauerreden über den deutschen Selbstmord ver-
handelt, der gefangenen Polen die Hände abgebunden und
Polenfrauen den Leib aufgeschnitten habe. So wird überall
in diesem Gebiet eine systematische Hetze gegen die
Deutschen getrieben. Ein Insurgentenführer namens Badura
hielt auf der Heide Auerbrand (?) eine geheime Versamm-
lung ab, in der er zum Schluß darauf hinwies, daß jeder
Insurgent sich bereit halten müsse, dem neuen Aufruf Folge
zu leisten. Die Gemeindegemeinde der Antonienhütte besteht
aus 40 bis 50 Mann. Der Führer ist ein ehemaliger Zucht-
händler Floret. Es ist auffällig, daß neuerdings, wie vor
dem dritten Aufstand, die jungen Leute der Werke um
Antonienhütte herum nachts mit Waffen nach Kuchlowitz
an die polnische Grenze gehen und dort bleiben. Das
Gleiche ist auch im Kreise Kuchlowitz der Fall, wo die In-
surgenten auch öffentlich am Tage, die Gewehre über die
Schulter gehängt, in der Eisenbahnrichtung Kuchlowitz
abfahren.

Änderung des Militärärztergesetzes.

Dr. Karlsruher, 18. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Im
Reichsausschuss erklärte der Finanzminister Brüder,
daß im Reich eine Änderung des Militärärztergesetzes in
Vorbereitung sei. Ferner wurde in der Angelegenheit der
Erleichterung von Bezirksärzten mitgeteilt, daß sich
der Reichsausschuss für die Bildung eines Bezirks-
ärztes in Württemberg, Baden und der Pfalz ausge-
sprochen habe. Bayern habe gegen die Einbeziehung der
Pfalz Einwände eingelegt, so daß es nun fraglich gewor-
den sei, ob ein Bezirksärztesrat in Württemberg und
Baden allein zustande kommt.

Die Übergabe Westungarns.

D. London, 18. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Nach einer
Neuermeldung haben die Alliierten beschlossen, die Über-
gabe Westungarns an Deutschland zu ver-
zögern. Man glaubt nicht, daß sich Ungarn dem wider-
setzen wird, wodurch eine Anwendung von Gewalt ver-
mieden würde.

Der griechische Vormarsch.

Dz. Paris, 17. Juli. Eine Havas-Meldung aus
Konstantinopel besagt, daß die allgemeine Aufmerk-
samkeit auf die griechische Offensive gerichtet sei, die
gestern begonnen habe. Die Regierung von Ankara
melde telegraphisch den griechischen Vormarsch
und bestätige, daß die Griechen an der Brussa-
front an vier Stellen die Offensive ergriffen hätten
und daß die türkischen Truppen lebhaften Wider-
stand leisteten. Obgleich der griechische Generalstab
den Brussaabschnitt als Ausgangspunkt der ersten
Offensivoperationen gewählt habe, werde doch in kom-
petenten türkischen Kreisen angenommen, daß die
Hauptoperationen sich vor Kutahja abspielen wür-
den. Man meldet die Ankunft des Generals Papulas
in Brussa.

Besondere Pässe für die Einwanderung nach Amerika.
Dz. Paris, 18. Juli. (Drahtbericht.) Wie der „Chicago
Tribune“ aus Washington berichtet wird, hat der Vor-
sitzende des Auswanderungsausschusses des Kongresses
hiesigen einen Gesetzesentwurf ausgearbeitet, durch den für
alle Einwanderer besonderer Pässe gefordert werden sollen.
Die amerikanischen Konsulate im Ausland sollen die Aus-
stellung eines solchen Passes jedem Einwanderer zu-
sagen, der an Bord eines Schiffes nach Amerika kommt.

Die Tagung der Entwaffnungs-Kommission des Völkerbundes.

Dr. Paris, 18. Juli. (Havas.) Bei Beginn der gestrigen Nachmittags-Sitzung der Abrüstungskommission des Völkerbundes erklärte Vizepräsident die Kommission, sich über das von ihm am Morgen unterbreitete Arbeitsprogramm der Unterkommissionen auszusprechen. Diese wurden folgende Fragen zu behandeln und darüber zu berichten: der erste Unterabschnitt mit der privaten Verfertigung von Munition und Kriegsmaterial, dem Verkehr mit Munition und Waffen und der Schaffung eines internationalen Kontrollbureaus für den Verkehr mit Waffen; der zweite Unterabschnitt mit dem Kontrollrecht über die Rüstungen der besiegten Länder und mit der wechselseitigen Kontrolle, d. h. mit dem Austausch von Meldungen zwischen den der Kommission als Mitglieder angehörigen Staaten und mit der gegenseitigen Berichtigung der in Artikel 8 des Vertrages vorgegebenen Meldungen; der dritte Unterabschnitt mit den derzeitigen militärischen Kräften und den Vorkriegsständen der verschiedenen Staaten, mit den auswärtigen und der Vorkriegsstände finanzieller Art, die auf die Rüstungen zurückzuführen sind, sowie mit Maßnahmen, durch die die nationalen Ausgaben festgelegt werden, wie sie von den verschiedenen Staaten im Militärhaushalt veröffentlicht wurden. Diese Unterabschnitte werden heute zusammengetreten und die Vorsitzenden sowie die Berichterstatter wählen. Vizepräsident stellte zum Schluss der Sitzung fest, daß die Kommission den ersten Teil ihrer Aufgabe ausführt und eine Geschlossenheit gezeigt habe, die erwarten ließe, daß sie befähigt sei, das mächtige und heilsame Werk, das ihr der Völkerbund anvertraut habe, zum Guten zu führen. Die Zusammenarbeit werde auch in den Unterabschnitten fortgesetzt werden, von denen ein Teil der Arbeiten im kommenden September dem Völkerbund vorgelegt werden würde. Er selbst werde inzwischen mit seinen Kollegen Rüstungen behalten und nehme an, daß die nächste Vollversammlung des Ausschusses wahrscheinlich am 1. September in Genf stattfinden werde.

Die Washingtoner Abrüstungskonferenz.

Dr. Paris, 18. Juli. (Drabhtbericht.) Die „Chicago Tribune“ meldet aus Washington: Es wird erwartet, daß die Abrüstungskonferenz in Washington ohne Ergebnis ausgehen, aber daß wegen Präsident Harding keine Karten offen auf den Tisch liegen, damit jedermann klar werden könne, an welchem Standpunkt die Verhandlungen gescheitert seien. Unter diesen Umständen glaube man, daß Japan sich der Konferenz nicht entziehen könne, so sehr ihm die Teilnahme auch widerstreben möge. Die Vereinigten Staaten hätten der japanischen Regierung eine Mitteilung zugesandt, in der es heißt, es sei nicht Sache einer einzelnen unabhängigen Regierung, das Programm der Konferenz zu bestimmen. Das müßte der Vereinbarung der Konferenzteilnehmer selbst überlassen werden, obwohl ein vorangehender Meinungsaustausch durchaus angängig sei.

General Beggands Ansicht.

W. T. B. Paris, 17. Juli. General Beggand erklärte gestern in einem Interview, durch die von Präsident Harding einberufene Konferenz sollten mehr die stillen Örtlichkeiten betreffen, als ein allgemeiner Abrüstungsplan aufgestellt werden. Frankreich rüste niemals ab, bevor nicht Deutschland endgültig und tatsächlich entwaffnet sei. Die ehemaligen Feinde Frankreichs seien mehr als je entschlossen, sich ihre Rüstungen zu holen, sobald es ihnen gelungen sei, die alliierte Kontrolle abzuschütteln. Man müsse blind sein, um den militärischen Geist nicht zu bemerken, der jenseits des Rheins die Oberhand habe. Wenn 1914 zwischen den drei Großmächten Amerika, England und Frankreich ein Garantieabkommen bestanden hätte, wäre der Krieg vielleicht vermieden worden. Trotz jedes Garantieabkommens aber würde Frankreich allein den Stoß eines neuen Angriffs auszuhalten haben.

Die Antwort der japanischen Regierung auf die amerikanische Einladung.

Dr. Paris, 18. Juli. (Ela. Drabhtbericht.) Die Antwort der japanischen Regierung auf die amerikanische Einladung zur Washingtoner Konferenz wird nunmehr dem Vortragsamt bekannt. Die japanische Regierung hat sich bereit erklärt, an einer Abrüstungskonferenz teilzunehmen, was aber eine Konferenz über die Orientfragen und Orientpolitik betrifft, so wolle sie zunächst wissen, was diese für eine Bedeutung und Tragweite habe. Die amerikanische Regierung hat bereits darauf repliziert mit der außerordentlich geschickten Erklärung, es bleibe den Einzelstaaten, welche die Konferenz beschließen, überlassen, dieser Orientfrage ihre eigene Bedeutung und Tragweite beizulegen. Die japanische Regierung wird sich auf diese Antwort hin der Teilnahme nicht mehr entziehen können.

(13. Fortsetzung.)

Nachdruck verboten.

Gefreit ohne Liebe.

Roman von Erich Eckenstein.

Die Worte waren der erste Pfeil, den Hertha berechnend in die junge Mädchenseele senken wollte. Aber er glitt ab. Britta sah die Sprecherin mit ihren reinen großen Kinder-Augen verständnislos an. Sie verstand wohl die Worte, nicht aber deren Sinn.

Unten fuhr der Wagen vor, der beide zur Kirche bringen sollte. Die Trauung fand in der Sakristei mit Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Heider hatte sich jede Feier verbeten und in seiner Fabrik wußte man nicht einmal die Stunde. Es wurde dort gearbeitet wie gewöhnlich. Morgen, wenn er fort war, sollten sie frei haben und auf seine Kosten im Wirtshaus nach Belieben feiern können.

Auch Gäste waren nicht geladen worden. Direktor Metz von der Fabrik drüben war Brittas Zeuge und ein Jugendfreund Heiders vom Mahrenberger Amtsgericht, Dr. Torgau, der Heiders.

Sie allein bildeten mit dem Brautpaar, dem Major, Frau Gerda und Hertha von Kiebrech die kleine Tafelrunde, welche dann in Karosinruhe an dem Tisch teilnahmen, das vor der Abreise des jungen Paares eingenommen wurde.

Die Stimmung dabei war nichts weniger als hochzeitlich. Man sprach von Politik, Tagesereignissen und allerlei gleichgültigen Dingen. Hätte Major Forst und nach ihm Herr Dr. Torgau nicht einen Toast auf das junge Paar gebracht, man hätte wahrlich vergessen können, daß man bei einer Hochzeitstafel saß.

Heider litt Qualen, so oft er Britta ansah, deren verträumter Blick ihn zuweisen mit seltsamem Lächeln schüchtern streifte, oder die Mutter, die ihn mißbilligend beobachtete.

„Nur fort — fort — endlich fort!“ dachte er. „Im Dunkel des Wagens, dem Rollen des Kurierzuges, dem

Wiesbadener Nachrichten.

33. Verbandstag der nassauischen landwirtschaftlichen Genossenschaften.

Im großen Saal der „Alten Post“ zu Limburg fand am Sonntag die 33. Mitgliederversammlung der Nassauischen landwirtschaftlichen Genossenschaften, d. h. zu Wiesbaden, angehörigen ländlichen Genossenschaften statt. Die Verhandlungen fanden unter Leitung des Verbandsdirektors Petzschmann. In seinen einleitenden Worten betonte dieser, daß die heutige politische und wirtschafts-politische Lage Deutschlands wie auch dessen Zukunft in ein geheimnisvolles Dunkel gehüllt seien. Betrübte Lagen und erlebten wir täglich eine zunehmende Verwirrung unserer öffentlichen und inneren Verhältnisse und die Stellung Deutschlands dem Ausland gegenüber sei direkt trübsalig zu nennen. Die uns in dem Friedensvertrag von Versailles und dem Londoner Ultimatum diktierten Forderungen belasteten Generationen und würden mehrere Geschlechter wirtschaftlich drücken. Dennoch müßte gerade die Landwirtschaft nicht verzweifeln, sondern durch intensive Arbeit das Los des deutschen Volkes erträglich zu gestalten suchen und Hilfe in dieser Not könne hervorragend die genossenschaftliche Idee bringen, in weiterem Sinne des Wortes als grundsätzliche Abwehr von dem bisher allein herrschenden egoistischen wirtschaftlichen Prinzip. Die Wiederherstellung des Gemeinns im Volke wäre eine Aufgabe, die in Reinkultur dem Genossenschaftswesen vorbehalten bliebe. Von je her wäre die Schwere der Zeit der Schrittmacher für den genossenschaftlichen Zusammenhalt gewesen und hätte denselben weitere Wege geebnet. Möchte es dem deutschen Geist und der deutschen Arbeitskraft, die niemals besiegt wurden, gelingen, recht bald das Chaos unserer jetzigen Zustände zu beseitigen. Ein begreifbar ausgenommenes Dorn auf das deutsche Vaterland schloß die erhebende Ansprache.

Aus dem Jahresbericht des Verbandsdirektors war zu entnehmen, daß dem Reichverband der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften am 1. Januar 1921 21.576 Genossenschaften angeschlossen waren, welche Zahl 68,6 Prozent des Gesamtbestandes ländlicher Genossenschaften im Deutschen Reich entspräche. Der Reichsverband in Wiesbaden hätte heute einen Mitgliederbestand von 371 Genossenschaften mit über 27.000 Mitgliedern, darunter befinden sich 243 Kreditgenossenschaften und 128 landwirtschaftliche Betriebsgenossenschaften. Die Entwicklung der Verbandsgliederung sei denkbar günstig und ginge aus dem Reichsverband des Verbands die Gesundheit der genossenschaftlichen Verwaltungen aufdringlich hervor. Die Zentralstelle der Organisation, die Genossenschaftsbank für Nassau-Kassau e. G. m. b. H., zu Wiesbaden, habe Ende 1920 ein Betriebskapital von 38,8 Millionen Mark ausgemittelt, an Spareinlagen und Depositionen sowie Konto-Korrentausgaben seien ihr Ende 1920 über 38 Millionen Mark von der nassauischen ländlichen Bevölkerung anvertraut. Die Genossenschaftsbank habe durch Beschluß ihrer letzten Generalversammlung die Geldanteile der Mitglieder vermindert und sich jetzt mit 1 Million Mark bei der staatlichen Preussischen Zentralgenossenschaftsbank in Berlin beteiligt. Für die Errichtung einer Zweigstelle in Limburg a. d. L. sei das Haus Voigtbeimer Straße 2 künftlich erworben, wolle der Bau einer Stabkammer größten Stils geplant sei und auch Baugenehmigungen für die Organisation vorhanden wären. Der Zweigstelle unterliege der selbständige Verkehr mit allen Genossenschaften in den Kreisen Limburg a. d. L., Ober- und Unterlahn, Ober- und Unterwesterwald sowie Weidenau. Die landwirtschaftliche Zentralgenossenschaft des Verbands habe 1920 einen Warenumsatz von über 8 Millionen Mark. Ihr gehörten Ende 1920 330 landwirtschaftliche Genossenschaften an. Eine große Anzahl von Bezirksversammlungen und Kreisverbandstagen hätten im Berichtsjahr zur Erhöhung der Intensität genossenschaftlicher Arbeit beigetragen. Mit dem nassauischen Raiffeisenverband sei eine genossenschaftliche Arbeitsgemeinschaft geschlossen worden, die die gegenseitige Benutzung der im Lande bestehenden 17 Lagerhäuser ermögliche. Mit der Landwirtschaftskammer und der Bezirkslandwirtschaft unterhalte die Organisation die besten Beziehungen. Der letzteren sei als Beitrag zu der nassauischen Bauernschaftsspende durch die beiden Zentralgenossenschaften des Verbands der Betrag von 10.000 M. überwiesen worden. Das Organ des Verbands, das „Nassauische Genossenschaftsblatt“, erweise derzeit in 6000 Exemplaren und diene hervorragend für die Verbreitung von Verwaltungslehren für die Geschäftsführung in den ländlichen Genossenschaften. Die Abteilungen Steuerberatung sowie Rechtschutz seien im letzten Jahre außerordentlich in Anspruch genommen worden. Der Verbandsdirektor schloß seinen Bericht, indem er allen treuen Mitarbeitern für die gewissenhafte Pflächterfüllung den Dank der Organisation zum Ausdruck brachte. Die ehrenamtliche Verwaltungstätigkeit in

den ländlichen Genossenschaften sei etwas, was keine andere Organisation nachzuahmen in der Lage sei. Vieles sei durch das Genossenschaftswesen erreicht, große Aufgaben blieben jedoch noch die Zukunft. Möchte die Lösung derselben der Kraft des Genossenschaftsgedankens gelingen!

Nach dem mit großem Beifall aufgenommenen Jahresbericht erstattete Direktor Wehner den Generalbericht über die in den Jahren 1919/20 vorgenommenen gesetzlichen Verwaltungsrevisionen, während Generalsekretär Brenning (Berlin) über die Stellung des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens in der kommenden Getreidebewirtschaftung referierte. Nach mehr als dreistündiger Dauer wurde der 33. Verbandstag von dem Vorsitzenden, Herrn Kreisbauernmeister und Vorstandsmitglied der Landwirtschaftskammer, Ludwig Schmitz 2. (Weidenau), geschlossen. Der Gesamteindruck der Verhandlungen ließ erkennen, daß in der Landwirtschaft und ihren Genossenschaften eine energische, vorwärtstreibende Wiederaufbauarbeit getrieben wird, an welcher sich viele andere Berufsstände ein Muster nehmen könnten.

Die Weinlese des Regierungsbezirks Wiesbaden im Jahre 1919. Die Größe des Weinbaugebietes im Regierungsbezirk Wiesbaden belief sich im Jahre 1919 auf 3828 Hektar 55 Ar. Davon standen in Ertrag 2804 Hektar 65 Ar. und zwar waren bepflanzt mit weißen Trauben 2799 Hektar 5 Ar., mit roten Trauben 131 Hektar 79 Ar. Geerntet wurden an Weißwein 50.096 Hektoliter 46 Liter und 328 Hektoliter 60 Liter roter Wein. Obenan steht nach der Fläche sowohl wie nach dem Ertrag der Rheingaukreis, bei welchem sich die Größe des gesamten Weinbaugebietes auf 2368 Hektar 15 Ar. die in Ertrag stehende Fläche auf 2011 Hektar 24 Ar. belief, die Produktion an Weißwein auf 40.143 Hektoliter 65 Liter und diejenige an Rotwein auf 241 Hektoliter 25 Liter. In den meisten Gemeinden wurde quantitativ ein halber Herbst und qualitativ ein Mittel erzielt. In den Gemeinden Ahmannsbauhen, Aulhausen, Gelsenheim, Kiedrich, Rauenthal und Ridesheim war die Qualität gut. Der Landkreis Wiesbaden wies an Weinbaugebiet überhaupt 561 Hektar 43 Ar. auf, an in Ertrag stehendem Gelände 251 Hektar 78 Ar., an geerntetem Weißwein 2522 Hektoliter 41 Liter, an geerntetem Rotwein 38 Hektoliter 5 Liter. Der Reine nach war die Ernte zwischen ein halb und ein Sechstel, der Qualität nach in 8 Gemeinden mittel, in 3 Gemeinden gut, in 2 gering und in 1 mittelmäßig. Der Stadtkreis Wiesbaden hatte 8 Hektar Weinbaugebiet, davon 7 Hektar in Betrieb. Seine Traubenorten waren gemischt, und perenniert wurden 100 Hektoliter 85 Liter. Die Ernte war im allgemeinen als mittel bis gut zu bezeichnen. Die ungewöhnliche Trockenheit ließ die Nebentrunkten nur einzeln auftreten. Die am Rarsten Weinbau treibende Gemeinde ist Hirsch. Das Weinbaugebiet betrug dort 250 Hektar, das in Ertrag stehende 220 Hektar und es wurden geerntet 5400 Hektoliter Weißwein. Die Quantität war ein Drittel bis halber Herbst, die Quantität mittel bis gut. Der Anbaufläche wie auch der Produktion nach stand an zweiter Stelle der Kreis St. Goarshausen mit 828 Hektar 40 Ar. Weinbaugebiet, 492 Hektar 2 Ar. in Betrieb stehendem Gelände, einer Produktion an Weißwein von 7362 Hektoliter 10 Liter und einer Produktion an Rotwein von 15 Hektoliter 70 Liter. Unter den Weinbau treibenden Gemeinden steht der Intensität des Betriebes nach Hochheim mit obenan, dessen Weinbaugebiet sich auf 206 Hektar beläuft, bei einem in Ertrag stehendem Komplex von allerdings nur 138 Hektar und einer Produktion an Weißwein von 1242 Hektoliter. Der Stärke der Produktion nach rangieren die Kreise wie folgt: Rheingau 40.384 Hektoliter 80 Liter, St. Goarshausen 7377 Hektoliter 80 Liter, Wiesbaden-Land 2561 Hektoliter 45 Liter, Unterlahnkreis 539 Hektoliter 80 Liter und Wiesbaden-Stadt 100 Hektoliter 85 Liter.

Staatliche Beihilfen gegen Tuberkulose. Nachdem schon die in den preussischen Staatshaushalt eingeplanten Mittel für Beihilfen zur Bekämpfung der Tuberkulose vergrößert sind, erweitert der preussische Volkswohlfahrtsminister, wie in der „Deutschen medizinischen Wochenschrift“ mitgeteilt wird, die bisher maßgebenden Grundsätze zur Verteilung dieser Staatsmittel. So können jetzt Staatsbeihilfen auch gewährt werden an leistungsschwache Gemeinden und Kreise sowie private Wohlfahrtsorganisationen, um Einrichtungen und Anstalten zur Heilung der Tuberkulose zu unterstützen; Bedingung ist nur, daß es sich dabei um die Beilegung vorübergehender finanzieller Schwierigkeiten handelt. Sodann können Beihilfen gewährt werden zur ersten Anlage von Einrichtungen und Anstalten, wenn die Mittel zur weiteren Durchführung des Unternehmens gesichert sind. Voraussetzung dabei ist in der Regel, daß sich auch die Krankenkassen, Versicherungsanstalten usw. in angemessener Weise an der Kostendeckung beteiligen. Auch von privater Seite gesicherte Anstalten können vom Staat unterstützt werden. Sodann ist es möglich, ausnahmsweise Beihilfen für theoretische wissenschaftliche Arbeiten zu gewähren, die auf Bekämpfung und Heilung der Tuberkulose unmittelbar abzielen.

Als sie Herthas Zimmer wieder erreichte, trat diese eben mit den Kindern ein. „Britta — um Gottes willen, was ist dir?“ rief Hertha bei ihrem Anblick erschrocken.

„Nichts“, stammelte Britta. „Gar . . . nichts.“ Aber ihre Zähne klirrten dabei wie im Fieberfrost.

„Du bist krank! Du siehst ja!“

„O nein . . . mir ist ganz wohl!“ Und Britta beugte sich hastig zu den Kindern nieder, die sie stumm umarmten.

„Liebe, liebe, kleine Mama“, schluchzte Fredy außer sich durch diesen ersten Trennungsschmerz. „Wirst du auch ganz bestimmt bald wieder kommen?“ Verplich es mir!“

„Ja, Fredy . . .“

„Wann? Sage mir den Tag, damit ich mir ausrechnen kann, wie lange das dauert!“

„Britta“, sagte eine tiefe Männerstimme von der Tür her. „Es ist höchste Zeit, daß wir fahren. Laßt die Mama los, Kinder, und laßt hübsch brav, bis sie wiederkommt, dann bringt sie euch dafür auch etwas Schönes mit!“

Britta erblickte beim Klang dieser Stimme vom Schwellen bis zur Sohle. Eine fähe, furchtbare Angst packte sie plötzlich. Nein, sie wollte nicht mit ihm gehen. Sie konnte nicht. Er war ihr ja so fremd geworden mit einemmal . . . so fern gerückt . . .

Sie sank neben den Kindern auf die Knie . . .

„Laß mich hier!“ stammelte sie außer sich. „Ich mag nicht fort . . . laß mich bei ihnen!“

Einen Augenblick sah er sie halb erschrocken, halb erstaunt an. Dann hob er sie ungeduldig auf.

„Bitte, mach keine Scene. Ich mag das nicht. Und . . . es ist wirklich die höchste Zeit!“

Da nahm sie bläß und zitternd den Arm, den Heider ihr bot.

Die vier Augenpaare, die auf ihr ruhten — denn Frau von Heider und der Major waren zugleich mit Hanns eingetreten — lächelten ihren Mut.

(Fortsetzung folgt)

Von Mainz 9 Uhr vormittags, Rheinallee 21.
Von Wiesbaden 3.30 nachm., Nikolastraße 5.
L. RETTENMAYER, Wiesbaden,
Nikolastraße 5. Tel.: 12, 113, 124, 243, 6611.
Mainz, Rheinallee 21. Tel. 853, 586

Stoss Nachf.

Inh.:
Max Helfferich
Taunusstr. 2

Bruchbänder
werden nach Maß und unter
Garantie für guten Sitz
angefertigt.
Auch weibliche Bedienung.

Fuß-Stützen
beseitigen die durch Senkung des Fuß-
gewölbes verursachten Schmerzen in
Füßen und Beinen und verhindern
Bildung des Plattfußes. 421

Einkoch-Apparate

und

Konserven-Gläser.



Mit Thermometer und Einsatz **68⁵⁰**
Für Dampfbad mit Einsatz **75⁰⁰**

Konserven-Gläser aus prima weißem Glas, mundgeblasen, enge Form, mit Deckel und prima Gummiring

	1/4	1/2	3/4	1 Ltr.
3.25	3.50	4.-	4.50	

do. weite Form, mit Deckel und prima Gummiring

	1/4	1/2	3/4	1	1 1/2	2 Ltr.
4.-	4.50	5.25	5.50	6.25		

Einmachgläser zum Zubinden

	1/4	1/2	3/4	1	1 1/2	2	3	4	5 Ltr.
0.55	0.65	0.85	1.10	1.45	1.95	3.50	4.-	4.50	

Honiggläser mit Schraubdeckel

	1/4	1	2 Pfund
0.65	0.75	1.45	

Julius Bormass

G. m. b. H. K164

Comb. Abriht- und
Dichten hobelmaschine
mit Kugellagerung,
neu, 600 mm Breite,
Kugellag.-Bandfägen
850 u. 900 mm Rollen
Durchm.,
Mechaniker-Drehbank
für Fuß- und Kraft-
betrieb mit Hohl-
spindel, 20 mm,
Streisägelager und
Brennholz freisägen,
Wasmotor, 3 u. 6 PS.
sofort preisw. ab Lager
lieferbar. Befichtigung
erbeten.
Maschinenfabrik
Ludw. Dillmann
Höcht (Main)
Luciusstraße 16.
Telephon 458.

Schuhe!
150 Mark
kosten unsere eleganten
braunen Herren-Schuhe
aus best. Borcali-Leber.
50 Mark
weiße Dam.-Schuhhüte,
bestes Leinen.
Goliath-Schuhgeschäft,
Conlinstraße 3.

Bohnen
Mühlen
Abzieher
Messer
in erstklass. Friedens-
qual., sowie verzinn-
te Fruchtpress. empfiehlt
zu realen Preisen
G. EBERHARDT
Hofmesserschmied
Langgasse 46

Schilder:
Malerei R. Müller,
Schwalbacher Straße 75.

Reine Moselweine
von sehr schöner Qualität
empfehlen preiswert 631
Hubert Schütz & Co.
Nikolasstraße 28. Fernspr. 6331.

Für die
Einkochzeit

Einkoch-Apparate
im Vollbad verzinkt, mit Einsatz, 6 Federn
und Thermometer
68⁵⁰
Einkoch-Gläser
mit Deckel u. Ring, alle Größen, eng u. weit.
Gummi-Ringe
in Friedensqualität.
Einmach-Hafen
zum Zubinden.
Pergament-Papier.
Stopfenkrüge
aus braunem Steinzeug.
Einmach-Töpfe
in allen Größen. K15

Blumenthal.

Für 7 Mark? Wo?
Bei Klefer-Buschardt, Dotzheimer Straße 42,
bekommen Sie prima halbwollene Stoffe für Unter-
röcke der Meter zu **nur 7 Mk.**

himbeersaft
reinsten Fruchtsaft, mit Zucker
eingekocht. Flasche Mk. 10.—
Schützenhofapotheke
Langgasse 11. 7

Simplizissimus:
Erste vornehmste
Künstlerspiele
WIESBADEN
Telephon 1028.
Weitere Künstler-Abende
5 Schwestern Graff
Akrobat. Tänzerinnen.
B. Horriß
Violine-Virtuose
u. weiteren namhaften
Künstlern.
Ab 9 1/2 Uhr:
Trocadero
Tanzpalast und Bar
Jazz-Band
u. Tanzvorführungen.

„Rhenania“
Lichtspiele
Schwalbacher Str. 57.
Heute letzter Tag!
Erstaufführung
der ersten Film d. neuen
Phantomas - Detektiv-
Serie 1920/21
Die blaue Katze
Das gewaltigste Sen-
sations- u. Detektiv-
Schauspiel in 5 Akten.
Hauptdarsteller: Phantomas — „Rolf Loer“.
Gutes Beiprogramm.

ODEON
Kirchgasse 18.
Der steinerne Gast
Schauspiel in 4 Akt. mit
Theodor Loos
und Pia von Moosburg.
Das spannende
Detektivschauspiel:
Marquis d'Or
5 Akte
In der Hauptrolle:
Reinhold Schünzel!

Syphilis Haut- und Blasenleiden
mikroskopische Harn-
und Blutuntersuchung.
Urologisches Institut Wiesbaden
Marktstr. 6, I. 10—12, 4—7, Sonntag 10—12.

Thalia-Theater
Kirchgasse 72. : : Telephon 6137.
Heute letzter Tag!
Das Mädchen, das wartete
Drama in 5 Akten.
Nach der Novelle von James Barr
mit **Carola Toelle.**
Der „rote“ Falter.
Lustspiel in 3 Akten
mit **Herbert Paulmüller.**
Spielzeit von 3—10 1/2 Uhr.

Kinephon
Taunusstrasse 1 nahe Kochbrunnen
Das 2. Abenteuer der schönen Kathlyn.
Im Tempel d. Löwen
Sensationelles Raubtierdrama in 6 Akten.
Der Liebling des Publikums
Bruno Kastner
in
Der Erbe von Carlington
Schauspiel in 5 Akten. — Gute Ventilation.
Angenehmer, kühler Aufenthalt.

Residenz-Theater
Vornehmstes, elegantestes Lichtspielhaus
Ab Samstag, den 16., bis Freitag, den 22. Juli 1921.
Spielzeit: 8 1/2 bis 10 1/2 Uhr.
Der große Inland-Klasse-Film:
„Der Staatsanwalt.“
Ein Drama in 5 Akten nach dem gleichnamig.
Kriminalroman.
In den Hauptrollen: **Emilie Kurz.**
Werner Krauß, Alf Blüthner,
Hans Junkermann.
Vorher:
„Joe Martin, der Missetäter.“
Tierlustspiel in zwei Akten. F368
: : **Grosses Orchester** : :

Walhalla
Nur noch 3 Tage!
Der dritte Teil:
Großstadtmädels
Zeitbild aus Berlin W. in 6 Akten.
Jeder Teil ist in sich abgeschlossen.
Außerdem
Das Opfer d. Ellen Larsen
Schauspiel in 5 Akten.
In den Hauptrollen:
Alfred Abel, Paul Richter,
Marija Leiko.
Anfang Wochentags 4 Uhr, Sonntags 3 Uhr.

Urania
Bleichstraße 30. Bleichstraße 30.
Erstaufführung!
Das große soziale Lebensbild
Der Sohn der Magd.
Erschütterndes Drama in 6 Akten.
In den Hauptrollen:
Rose Veitkirch, Ludwig Hartau.
Das Liebestrankl.
Lustige Dorfgeschichte in 2 Akten.

Union-Theater
Rheinstraße 47.
Achtung! Nur 5 Tage!
Ab heute:
Amerikas beliebteste
Künstlerin Miss
„Pearl White“
im 1. Teil Sensationsfilm
Die Tochter des Wilden.
„Pearl White“, bekannt
aus den Filmwerken:
Das Haus
des Schreckens
u. **Maske mit den**
weißen Zähnen.
Glänz. Beiprogramm.

Kammer-
: : Lichtspiele
Mauritiusstr. 12.
Erstaufführung!
Die geschlossene Kette
Drama in 5 Akten mit
Egede Nissen u.
Albert Steinrück
Die Hochzeit d. Gnomchen
Lustspiel in 2 Akten
Kleine Eintrittspreise:
1.50 bis 3.75 Mk.

Kleinkunst-Bühne
im Park-Hotel
Wilhelmstraße 38.
Direktion: H. Habeta.
Künstlerische Leitung:
Otto Bellmann.
Vom 16.—31. Juli
Gastspiel **Hse Petersen**
Solotänzerin der
Frankfurter Oper.
Neue Vorträge:
Putzel Cassani
Heinz Krüger
Herta Loewe
Fritz Randow
Geschw. Scheffler
Margerithe John
Otto Bellmann
Conférence.
Apachen-Tänze
von **Abels-Lilly.**
Am Flügel:
Karl Wiegand.
Anfang 9 Uhr.
Park-Bar—Park-Diele

Kochbrunnen-Konzerte
Dienstag, 19. Juli.
Vormittags 11 Uhr:
Konzert
des städtischen Kuroorchesters
in der Kochbrunnen-Anlage.
Leitung: E. Wemheuer.
1. Ouvertüre zur Oper „Die
weiße Dame“ von Boieldieu.
2. Serenade von Bragg.
3. Frühlingsgruß, Walzer von
Deppert.
4. Musikalische Zeichnungen,
Potpourri von Schreiner.
5. Stefanie-Gavotte / Celloka.
6. Heimatsklänge, Marsch von
R. Hirsch.

Kirchhaus-Konzerte
Dienstag, 19. Juli.
Abonnements-Konzerte.
Städt. Kuroorchester.
Nachmittags 4 bis 6.30 Uhr:
Leitung: Konzertmeister W. Wolf.
1. Ouvertüre zur Oper „Die
weiße Dame“ von Boieldieu.
2. Rondo capriccioso, op. 14
von Mendelssohn.
3. Die Feste, Walzer, von
Jos. Lanner.
4. Die Wanderer, Lied von
F. Schubert.
5. Ouvertüre zu „Die Nürn-
berger Puppe“ v. A. Adam.
6. 1. Finale aus d. Op. „Loben-
grün“ von R. Wagner.
7. Potpourri aus „Der Vaga-
bund“ von C. Zeller.
8. Bauern-Polka v. Joh. Strauß.
Abends 8 bis 9.30 Uhr:
Leitung: Konzertmeister W. Wolf.
1. Ouvertüre zur Operette „Das
Modell“ von F. v. Suppé.
2. Eine kleine Nachtmusik von
W. A. Mozart.
3. Dämmerzauber, Walzer von
V. Grimm.
4. Potpourri aus „Die Zigeuner-
baron“ von J. Strauß.
5. Ouvertüre zur Oper „Die
Italienerin in Algier“ von
G. Rossini.
6. Fantasia a. d. Op. „Undine“
von A. Lortzing.
7. Freiweg, Marsch von H. Hent.

